

Aus Bund und Ländern

Psychosomatische Fortbildung in der Gynäkologie

KÖLN. Von rund 8500 Frauenärzten in der Bundesrepublik haben sich bereits ungefähr 2500 Kolleginnen und Kollegen psychosomatisch fortgebildet. Das wurde anlässlich der 14. Fortbildungstagung für psychosomatische Geburtshilfe und Gynäkologie Mitte März mitgeteilt. In Vorträgen und Kleingruppen diskutierten die Teilnehmer patientenorientiert an Hand von Fallgeschichten emotionelle Einflüsse auf Frauenleiden. jv

Bundestag wünscht neuen Rheumabericht

BONN. Auf Empfehlung des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit hat der Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, bis Ende 1987 einen neuen Rheumabericht vorzulegen. Darin sollen die Entwicklung und Erprobung neuer Verfahren zur Frühdiagnose rheumatischer Erkrankungen verstärkt berücksichtigt werden. Besondere Beachtung verdiene auch die Erforschung der Krankheitsursachen am Arbeitsplatz.

Weiterhin wird die Regierung aufgefordert, die Grundlagenforschung zu einem Schwerpunktprogramm auszuweiten und sich bei den Ländern dafür einzusetzen, daß die Rheumatologie an den Hochschulen verstärkt gelehrt wird.

Da dem Fachgebiet als fachübergreifender Disziplin in der ärztlichen Aus- und Fortbildung bisher nicht genügend Rechnung getragen werde, solle die

Rheumatologie in der Approbations- und eventuell auch in der Prüfungsordnung berücksichtigt werden. Außerdem sprach sich der Deutsche Bundestag dafür aus, integrierte Versorgungsmodelle mit nahtlosem Übergang zwischen stationärer und ambulanter Behandlung zu erproben. jv

Bayerische Ortskrankenkassen: 250 weitere Azubis

MÜNCHEN. Um die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen zu mildern und aber auch den Versicherten einen umfassenden Service rascher zu geben, wollen 39 bayerische Ortskrankenkassen in diesem Jahr weiteren 250 Jugendlichen Ausbildungsplätze anbieten. Damit werden dann 710 Jugendliche ausgebildet, was 8,6 Prozent der Gesamtbelegschaft entspricht. jv

BÄK fordert Mittel für medizinische Zentralbibliothek

KÖLN. Damit die Zentralbibliothek der Medizin in Köln auch weiterhin ihren Aufgaben nachkommen kann, bittet der Vorstand der Bundesärztekammer den Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit dafür zu sorgen, daß künftig genügend Mittel bereitgestellt werden. Angesichts der eingeschränkten Möglichkeiten örtlicher Bibliotheken sei es um so wichtiger, für die medizinische Versorgung der Bevölkerung die neueste in- und ausländische Fachliteratur rasch zur Verfügung zu stellen, betonte die Bundesärztekammer. Mit den Mitteln sollte die zentrale Bibliothek erweitert und verbessert werden. jv

Ausland

In allen Industrieländern steigen die Sozialausgaben

PARIS. Die „Explosion der Sozialausgaben“ ist nicht auf die Bundesrepublik Deutschland beschränkt. Das weist eine soeben veröffentlichte Studie („Social Expenditure 1960 bis 1990“) der OECD nach. Hatte der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt der OECD-Staaten 1960 noch 13,1 Prozent betragen, so ist er bis 1981 auf 25,6 Prozent gestiegen, und zwar zweimal so schnell wie das Sozialprodukt selbst. In fünf Staaten machte der Sozialaufwand 1981 bereits über 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus, und zwar in Belgien, Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden und Schweden. Schlußlichter sind Griechenland und die Schweiz mit weniger als 15 Prozent.

Die Studie zeigt erhebliche Länderunterschiede. Ganz allgemein ist jedoch, daß der Anteil der Ausgaben für das Erziehungswesen abnimmt, während sich die Anteile für Gesundheitsausgaben und für Pensionen bzw. Renten erhöhen. Der Anteil der Arbeitslosengelder stieg von 2,6 Prozent 1960 auf 4 Prozent am Ende der Untersuchungsperiode.

Unter den Ursachen für die Ausgabensteigerung spielt die Preisentwicklung eine relativ geringe Rolle. Demgegenüber ist allenthalben eine ständige Verbesserung der Leistungen und eine Ausdehnung der Anspruchsberechtigung zu verzeichnen.

Abschließend kommt die OECD zu der Auffassung, daß selbst dann, wenn der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt

nicht weiter steigen sollte, es trotz des demographischen Trends möglich sein könnte, die Sozialleistungen pro Kopf weiterhin real um rund 0,7 Prozent zu steigern. Voraussetzung dafür wäre allerdings, daß die Anspruchsberechtigungen nicht weiter ausgeweitet werden und daß andererseits das reale Pro-Kopf-Wachstum bei 1,8 Prozent liegt. Nach der Prognose könnten zwar die Rentner mit weiteren Leistungssteigerungen rechnen, aber diese lägen dann unter den Wachstumsraten der übrigen Bevölkerungsteile. Die OECD-Studie unterstreicht diese Zielvorstellung, weil weitergehendes Wachstum der Sozialausgaben das Wirtschaftswachstum gefährden würde. EB

Verbot der Haarwuchsmittel?

WASHINGTON. Die amerikanische Arzneimittelkontrollbehörde hat vorgeschlagen, alle freiverkäuflichen Haarwuchsmittel und solche, die Haarausfall verhindern sollen, vom Markt zu nehmen. Die Behörde hatte zuvor die Beratungsergebnisse eines Expertengremiums geprüft, das zu dem Schluß kam, daß derzeit keines der rezeptfrei angebotenen Mittel dieser Art wirksam sei. Die Experten geben darüber hinaus zu bedenken, daß plötzlicher starker Haarverlust oder solcher an bestimmten Stellen Ausdruck einer Krankheit sein könnte, die umgehende ärztliche Beratung erfordere und durch Selbstmedikation verschleppt werden könne.

Zu dem Vorschlag können Betroffene innerhalb von drei Monaten Einwände erheben; nach Ablauf dieser Frist tritt das vorgeschlagene Verbot voraussichtlich in Kraft. KHK